

VTbema

Volkszeitung - Nr. 23 -Frel'tag, 1.Jun1990 ' Seite 3

Albl'e Sachs (ANC) iiber eine kilnftz'ge

Verfassung Siidafrz'leas

Dos Recht, gleich und

verschieden zu sein

Nicht 11111 die unterdru'ckte schwarze Mebrbeit 1'11 Siidafrz'ka verbindet mit dem gegenwdrtigen Prozeß 1'11 ibrem Land grofie Erwartungen. Ell1 Siidafrz'lea ohne Apartheid 1'stfl'ir den ganzen, schon verloren geglaubten KontinentAfrz'ka ell1 Hoffnungstrdger. Il1 diesem 6kol10ml'scb 11nd militaerisch bisber fl'1'r Schwarzafz'lea bedroblz'cben Land entwickelt sich einepolz'tische Debatte, die dem Kontinent neue Impulse lz'efern kdnnte, eigene Wege aus der M were zu finden.

Der Verfassungsrechtler und ebemalige Anwalt am Obersten Gericht Kapstadts, Albie Sachs besclm'eb 111 einer Rede, die er nach seiner Rackkehr aus 24jl'1'brl'gem Exil Anfang Mai vor der University of the Western Cape gehalten bat, Grundprinzipienfiir eine neue Verfassung Siidafrz'kas. W11 veroffentlz'cben Ausziige.

Das Kapstadt, zu dem ich zuriick--gekehrt bin, istimmer noch Apart-heid-Kapstadt. Da sind die weilSen Vororte, die nbrauneni Vorone und die schwarzen Vororte. Man kann sehen, wer in Kapstadt regiert, wer noch immer den Reichtum besitzt, wer die Kontrolle ausiibt. Aber eines hat sich geandert: die Menschen haben sich geandert, ihre Anschauungen, ihre Beziehungen zueinander, ihr Vertrauen, ihr Denken, ihr Lebenswille - und niemand kann ihnen das wegnehmen. Sogar meine Begegnungen im weilSen Kapstadt sind positiver ausgefallen, als ich es erwartet hatte. Wir hogen zur Zeit sehr viel iiber weiBe Angste. Vl61-leicht habe ich sehr spezielle Kontakte - alte Freunde, Genossen aus der Ille'galitat, Kollegen aus den Uni-Zeiten - , aber es waren nicht nur diese Menschen. Worauf ich gestolien bin, ist ein Gefiihl weilSer Befreiung, sogar die Anfange von Freude bei Leuten, die sich befreit fiihlen von dem Druck, unfreie Menschen in ihrem eigenen Land zu sein, bei Menschen, die noch nie das Gefiihl des Menschseins hatten, die nicht frei Wahlen konnten, mit wem sie zusammen sein wollten.

Dies gehort auch zu den iGar'an-itionen fiir die Zukunft. Denn eine Verfassung kann niemals Rechte vergeben. Man kann niemandem Rechte geben; die Menschen nehmenr sich ihre Rechte, und die Verfassung anerkennt das, was die Menschen sich an Rechten erkampft haben. Sic formalisiert, festigt und verallgemeinert diese Rechte und sichert, dafS sic auch in Zukunft gelten.

Das geschieht zur Zeit in Siidafrika. Die Menschen haben sich ihre Menschenrechte gemeinsam erkampft, auf den StraBen, im Exil, im Untergrund. Und wenn wir ins Stadium der Formulierung der Verfassung kommen, werden wir das zum Ausdruck bringen, was die Menschen sich in der Aktion erkampft

haben. .

Wenn wir von einem vereinten, nicht-rassistischen (non-racial) und demokratischen Siidafrika sprechen, ist das nicht ein schoner Plan, den wir irgendwo in New York oder in Briissel oder in London oder sonst-wo auf der Welt ausgedacht haben und nun dem Volk Siidafrikas als Geschenk mitbringen. Wenn wir die neue Verfassung entwickeln, legen wir einfach'h das nieder, was ich hier in diesem Horsaal bereits an nicht-rassistischer Demokratie sehe, die sich bereits formiert in unserem Denken, in unseren Beziehungen, in unseren Forderungen an die Zukunft Und das mull sich nun in ganz Sudafrica vcrbreiten. Es reicht nicht aus, kleine progressive Inseln zu haben, die Pionierarbeit leisten - das , ist notwendig und wichtig -, wir wollen aber, dais ganz Siidafrika erfalst wird von diesem Geist nicht-rassistischer demokratischer Beziehungen.W"lr wollen nicht eine Verfassung, die wir den Menschen aufzwingen mussen, nach dem Motto, Wir wissen, was gut fiir euch ist. Es soll eine Verfassung sein, zu der Jede(r)' beiträgt, von der jede(r) das Gefiihl haben soll, das ist unsere Verfassung, meine Verfassung, die hier angewendet wird.

Ich frage mich manchmal, sind Wir auf die Freiheit vorbereitet? Seid ihr auf die Freiheit vorbereitet? (latites AW im Saal) Ich frage euch nicht, wollt ihr Freiheit - seid ihr vorbereitet auf die Freiheit? (,, aii, ,,ja'i) Ich bin mir nicht so sicher. Ich bin nicht .darauf vorbereitet. Es gibt noch so viel Schmerz, so Viele Erinnerungen, so Viele Gewohnheiten. Wir haben im Kampf iiberlebt, Genossen, weil wir uns der Situation angepaßt haben, die der Widerstand schuf. Wit" haben eine Kultur des Widerstandes entwickelt, die Disziplin des Widerstandes. Wir lernten, in der Illegalität zu arbeiten, nicht Telefone zu benutzen, wie man geheime Nachrichten weitergibt, miteinander konspirativ kommuniziert. Das ist aber nicht das Verhalten freier Menschen, das ist das Verhalten von Menschen, die Widerstand leisten und für Freiheit kämpfen. Ich denke manchmal, wir sind wie diese Reptilien, die eine sehr harte und enge Haut haben. Es ist diese Haut, die uns beschützt hat vor der Folter, den Schlägen, dem Trängas. Aber ich meine, Wir müssen diese Haut jetzt abstreifen, damit die neue, frische menschliche Persönlichkeit hervorkommen kann, die den neuen Aufgaben gewachsen ist. Damit wir im Sonnenlicht gehen können, ohne geblendet zu sein. Wir müssen lernen, freie Bürger in einem freien Siidafrika zu sein. Das

wird nicht leicht werden. Denn wir hatten noch nie ein freies Land. Kein einziger in diesem Raum oder außerhalb kann wirklich von sich sagen, ich bin ein freier Siidafrikaner. Viele können sagen, ich kämpfe für ein freies Siidafrika - aber das ist nicht das Gleiche. Und doch sind wir es, jeder und jede von uns muss diese(r) freie Biii'gerIn werden.

Die Idee eines vereinten Siidafrika ist im Wesentlichen nicht nur eine territoriale Frage. Es ist eine menschliche Sache. Die Einheit, die wir wollen, ist die Einheit der Menschen Siidafrikas. Die Anerkennung der Würde und des Wertes eines jeden Menschen. In diesem Sinne sind wir nicht schwarz, weiß oder braun, wir sprechen nicht Englisch oder Xhosa, Tswana oder Zulu - wir sind SiidafrikanerInnen. Die Einheit Siidafrikas ist nicht-rassistisch, nicht-ethnisch, nicht-sprachlich, nicht-geschlechtlich. Ich nenne es das Recht, Gleich zu sein (the right to be the same). Das Grundrecht, gleich zu sein, ein Siidafrika zu sein, das Recht ein(e) BürgerIn zu sein, zu Wahlen, ins Parlament gewählt zu werden, PräsidentIn zu werden oder ein(e) StraftäterIn zu sein - als SiidafrikanerIn; das Recht, vor Gericht zu stehen, ins Krankenhaus zu gehen. Ich will als Mensch behandelt werden, nicht als weisser, englischsprechender Siidafrikaner, sondern als siidafrikanischer Mensch;

Wir wollen nicht eine Verfassung, die wir den Leuten aufzwingen müssen, nach dem Motto:

Wir wissen, was gut für euch ist. CC

Zugleich wollen wir das Recht, verschieden zu sein (the right to be different). Das verwirrt sehr Viele. Wir kämpfen gleichzeitig für das Recht gleich zu sein und für das Recht verschieden zu sein. Dieses Recht berührt unterschiedliche Gebiete. Die Sprache, die ich spreche, gehört mir und meiner Sprachgemeinschaft. Der Staat kann mir nicht vorschreiben, welche Sprache ich sprechen soll, ich habe das Recht, meine Sprache zu sprechen, sei es Zulu oder Afrikaans oder Sesotho oder Englisch - das ist mein Recht und das Recht meiner Gemeinschaft.

/

Die Verfassung muss dieses Recht anerkennen. Alle Sprachen in Siidafrika sollen gleichen Status haben. Es geht nicht darum, Afrikaans den Status als einer offiziellen Sprache abzu-erkennen. Afrikaans wird von Millionen Menschen in diesem Land gesprochen. Aber das sind noch andere Sprachen, Zulu, Xhosa, Sipede, Son-da, Sotho, Setswana... sie alle haben

das Recht auf gleichen Status. Ich meine, in unserem demokratischen Parlament soll jede(r) Abgeordnete das Recht haben, seine oder ihre eigene Sprache zu verwenden, die Sprache, in der sich die jeweilige Person am wohlsten und sicherst fühlt. Ich spreche Englisch, das ist meine Sprache, das heißt aber nicht, ich muß meine Sprache anderen aufzwingen und sagen, wenn du Abgeordneter werden willst, mußt du Englisch sprechen. Das ist nicht Demokratie. In einem mehrsprachigen Land bedeutet Demokratie, daß sich die Menschen in der Sprache ausdrücken sollen, in der sie sich am sichersten fühlen. Das ist das Recht, verschieden zu sein. Oder die Frage des Glaubens. Das ist eine ganz persönliche Sache, die jeder Mensch mit seinem Gewissen vereinbart. Die Menschen gehören unterschiedlichen Glaubensrichtungen an. Die Moslems, zum Beispiel, bilden eine starke, lebendige Gemeinde. Ihr Glaube bedeutet ihnen sehr viel, als Individuen und als Gemeinschaft. Sie sind Teil der kulturellen Struktur

,,Es ist diese Haut, die 11115 geschmzt bat vor der Falter, denSchliigen, dem Trdnengas. Wll miissen diese Hautjetzt abstreifen, damit die neue, menschliche Persb'nlichkeit zum Vorschein kommt. "

Foto: Guy Tillim / Afrap IX (Laif)

dieses Landes. Wir haben auch Millionen Katholiken, Millionen Reformierter, Millionen Anglikaner, Millionen Menschen, die unabhängigen afrikanischen Kirchen angehören, wir haben Hindus, Juden und das bedeutet all diesen Menschen sehr viel. Eine demokratische Verfassung anerkennen das Recht religiöser Gruppen, Organisationen, Individuen, so wie sie es wollen, nicht wie der Staat es ihnen vorschreibt. Das ist das Recht, verschieden zu sein. Wenn ich heirate, das ist meine Sache - und die einer zweiten Person. Mit wem ich trinke, wen ich in mein Haus einlade, das geht den Staat nichts an, und auch nicht den ANC. Die Verfassung anerkennt dies als Privatheit (privacy), was ich in meiner freien Zeit tue. Das ist mein Recht. Wir wollen nicht eine Nation von Robotern, identischen Menschen, auf und ab marschierend, die nichts genießen, nichts tun, nichts lebendiges produzieren, sondern nur marschie-

ren.

Das Problem mit dem Recht auf Unterschied ist, daß einige als Rassisten verschieden sein wollen. Es geht nicht darum, wen sie heiraten wollen oder wen sie in ihr Haus einladen wollen. Sie wollen bestimmen, wer nebenan wohnen darf, und daneben und im übernächsten Haus und jenseits der Straße. Das können wir nicht akzeptieren. Das wurde heißen, ihr Recht auf freie Assoziation (right of choice an reference of association) schränkt das Recht anderer auf Wohnung ein, spricht es ihnen ab. Es gibt also einen Konfliktpunkt zwischen den Rechten der Einzelnen auf der einen Seite/ und dem Recht der Gemeinschaft auf Unversehrtheit, nicht beleidigt und ausgeschlossen zu werden. Es gibt eine Menge Erfahrungen auf diesem Gebiet in den USA, wo sie die Trennungslinie finden müssen. Die USA sind ja ein Land, das alles hat, alles, was gut ist und alles, was schlecht ist. Die Frage ist, wo ziehen wir die Trennlinie? Zum Beispiel Vereine Golfklubs, Fußballklubs usw. Ich denke, wir dürfen keine rassistischen Vereine in diesem Land zulassen. Können wir Vereine haben, in denen sich Schmetterlings-sammler treffen? Ich denke, das ist ein legitimes Interesse. Was ist mit dem Hellenischen Verein, in dem sich Leute griechischer Herkunft treffen. Ich denke, wir sollten tolerant sein, wenn das Ziel nicht darin besteht, Menschen ein-, sondern auszuschließen, wo das Ziel lediglich darin besteht, die Wünsche einer kleinen Bevölkerungsgruppe zum Ausdruck zu bringen. Aber auch hier müssen sie achtsam sein, sich nicht als rassistische Organisation zu formieren.

Es ist eine der Hauptaufgaben der neuen sudafrikanischen Verfassung, das Gebiet zu bestimmen für das Recht auf Gleichheit - gegründet auf allgemeinen politischen, zivilen und legalen Rechten, absolut nicht-rassistisch und ohne Unterschied - und das Gebiet für das Recht auf Unterschied, das eigentlich besagt, es ist gut, daß wir Viele Sprachen haben, daß wir Viele unterschiedliche Eiskulturen haben usw. (Eines der schlimmsten Dinge, die der britische Imperialismus diesem Land angetan hat, ist zerkochte Speisen, die mit Messer und Gabel zu essen sind, als zivilisatorische Norm aufzuzwingen.) Wenn wir aufbauen 1991 Gruppenrechten 111111 Interessen zu denken, können wir die gemeinsamen Rechte aller sichern. V a Ich glaube, dies ist das grundlegende verfassungsrechtliche Problem

in diesem Land. Wie werden wir der enormen kulturellen, _linguistischen llnnd Glaubensvielfalt gerecht und sichern zugleich die Einheitlichkeit und die gemeinsamen Rechte aller Menschen. Ich meine, das ist nicht iganz so schwer zu lösen, wenn wir aufhören in Kategorien von Gruppenrechten und Gruppenintercssen zu denken.- Das Recht auf die ieigene Sprache gehbrt allen, nicht nur den (weillien') Afrikaanern. Wenn wir also ein Grundrecht haben, das die Rechte aller Sprachgruppen respektiert, und die Rechte einer Gruppe werden beriihrt, dann beriihrt das zugleich die Rechte aller. Das trifft auf alle anderen Gebiete, Kultur, Religion usw. auch zu.

Ein zweiter Problemkreis: Wie verstihnen wir das Prinzip von gleichen Rechten und Nicht-Rassismus mit der Notwendigkeit der Umverteilung zwischen Weifi und Schwarz. Das Prinzip besagt, wir sind alle gleich, wir unterscheiden in keiner Weiss, wir sehen nicht nach jemandes Hautfarbe. Die Verteilung besagt: die Weißen besitzen 78 (78) Prozent des Landes, 95 (95) Prozent des Reichtums und sic sind nur 16 (16) bis 17 (17) Prozent der Bevijslerung. Es mufs hier eine Veranderung geben, Wir brauchen verfassungsrechtlicher Mechanismen, die mehr sind, als Forderungen. Es ist leicht Viva dies und Viva das zu rufen - und es ist gut es zu rufen, denn es driickt unsere Ziele aus -, abet das Rufen verandert nichts. Es wird ein Prozeis sein, fur den wir einen Rahmen brauchen, Kanale und Mechanismen, darum geht es bei Vder Verfassung. Verfassungen lösen nicht die Probleme, sie geben den Rahmen vor, in dem die Menschen Probleme'- demokratisch lisen können.

,, Es ist duck eineifmge des Selbstausdrucks, der Selbstbestc'itigung, des Rechts der Frauen,ml'tel'-gener Stimme zu sprechen,l'bre eigenen Forderungen auf ihre Weise vorzutmgien.

CC

Und drittens brauchen wir Prinzipien positiver Aktion (principles of affirmative action) in der Verfassung, so nicht-rassistisch wie möglich. Nun ist es aber eine Tatsache, daS es nur wenige arme WeifSe in Siidafrika gibt. Wenn man also den Abstand zwischen Arm vund Reich verringern will, ist es letztlich zwischen schwarz und weill. Es gibt auch ,andere Gebiete, wo wir gezwungen sein werden, die rassistische V/irklichkeit der Institutionen in diesem Land zur Kenntnis zu nehmen. Dort muK es positive Aktion (affirmative action)

geben. Ich denke an den mittleren Regierungsapparat, die iPolizei usw. Wir werden einen ProzeK der Integration und Transformation benötigen, in dem die Institutionen dieses Landes so veranden werden, daK sie die Bevölkerungsstruktur widerspiegeln. Das mag cine gewisse Spannung erzeugen zwischen Menschen in Bezug auf das Prinzip des Nicht-Rassismus. Sagan Wir, es gibt zwei gleichqualifizierte Kandidaten fiir einen Posten, einer ist schwarz, der 'andere weils oder es ist ein Mann und cine Frau. Jetzt betrachten wir das Tätigkeitsgebiet und seheii, 'dais es mehrheitlich mit weilsen Männern besetzt ist. Wir bevorzugen also den schwarzen Kandidaten oder die Kandidatin, um die Ungleichheiten zu iiberwinden. Wir miissen, ohne Rassismus einzufl'ihren, verfassungsrechtliche Prinzipien formulieren, die eine solche Auswahl erlaubt. Eine Bemerkung zur Frauenfrage: Eine der wenigen nicht-rassistisdhen Institutionen in diesem Land ist das Patriachat. Alle moglichen Leute vereinen sich hier, um cine Wirkliche Demokratisierung zu yerhindern. Die Frage der Frauenrechte ist grunds'atzlich eine Frage der Demokratie, d. h. der vollstandigen Beteiligung aller Siidafrikanerlnner am politischenLeben. Solange wir die Abhangigkeit von Frauen haben, gibt es keine Demokratie. Es ist auch eine Frage des Selbstausdrucks, der Selbstbestatigung, des Rechtes der Frauen, mit eigener Stimme zu sprechen, ihre eigenen Forderungen auf ' ihre Weise vorzutragen. Das gehort zum Spannungsfeld des Rechts auf Gleichheit und des Rechts auf Unterschied. Frauen kampfen um ihre grundlegenden politischen Rechte und um Gleichheit. Das bedeutet nicht, daK sie so werden wollen wie die Manner, deren Werte, Verhalten und Interessen anzunehmen. Eben-sowenig wie die Unterdriickten so werden mussen, wie ihre Unterdriicker, das bedcutet nicht Gleichheit. s gibt ein weiteres schwieriges Gebiet: Nationale Aufgaben und individuelle Freiheiten. Manchmal ist die Debatte dariiber sehr ungliicklich, so, als seien dies sich ausschliessende Alternativen: entweder wir fiihren eine Kampagne gegen Hunger, Obdachlosigkeit usw. oder wir haben personliche Freiheit. Und Viele Leute halten es fur gerechtfertigt, im Kampf gegen Hunger der Regierung weitreichende Machtmittel in die Hand zu geben, um individuelle Freiheiten und damit das Leben und die Wiinsche der Menschen zu beschneiden. Genossen, das ist eine sehr, sehr. gef'a'hrliche Philosophie. Apartheid hat den Menschen in die-

sem Land niemals erlaubt, sie selbst zu sein, zu sagen: ich bin, der ich bin und nicht ein „colouredii“ oder ein „schwarzerii“ oder ein „weißerii“, ich bin eine Persönlichkeit, es sind meine Wünsche, Traume, meine Besonderheiten, meine Verriicktheiten - ich bin ich. Wir wollen nicht eine Situation, in der der ANC nun diese Freiheiten wieder einschränkt. Wir wollen keine Folter in einem freien Südafrika, wie konnte das sein!? Wir wollen, daß sich niemand fürchten muß in einem freien Südafrika. Die Verfassung muß das Recht eines jeden Individuums in einem freien Südafrika garantieren. Aber das Recht auf individuelle Freiheit bedeutet nicht, daß es keinen Raum für nationale Aufgaben gibt. Denn die Rechte der kommenden Generationen sind genauso wichtig. Die Freiheit zu verhungern, zu sterben, in schmutzigen Pfützen zu spielen, in einen kleinen Kindergarten gehen zu müssen, wo eine Erzieherin hundert Kinder betreut - das ist nicht Freiheit! Das ist Unterdrückung. Wir kämpfen für Freiheit auf beiden Ebenen. Und wir wollen eine Verfassung, die die Rechte für jede einzelne Person garantiert, aber auch eine Garantie für nationale Aufgaben gibt. D. h. Gesetze, die ein menschenwürdiges Leben garantieren, die 2. B. Programme unverzüglich auf den Weg bringen, um jedes Haus mit fließendem Wasser und Strom zu versorgen. Auch das sind grundlegende Menschenrechte. So grundlegend wie das Recht, persönlich frei zu sein.

Die Rede wurde tlbersetzt von Ted Fell

VAusland

Finden sz'e Regelungen, die Bestand haben?

Bemd Mansel

Ende der bipolaren'

Politik?

Zum Gipfel Gorbatschow - Bush

Amerikanisch-sowjetische Gipfel-

treffen waren in den letzten Jahr-

zehnten immer mit der Hoffm'mg

verbunden, die Welt werde nun etwas

sicherer. Ein deaChCS Overkill weck-

Le in Verbindung mit einer konfron-

tativen Politik Bedrohungsingste.

Auch die Entspannungspolitik der

friihcn siebziger Jahre hat die em-

scheidende weltpolitische Konstella-

tion nicht aufgelöst: in Form von

Supermichten standen sich zwci An-

tagonisten gegeniiber, deren Agieren

den Gang der internationalen Ent-

wicklung dominierte. Eine Aufgabe,

die George Bush und Michail Gor-

batschow bei ihrem Gipfeltreffen an-

gehen miissen, ist es, die materialii-

sierten Folgcn der Konfrontation zu

beseitigen, Abriistung forciert voran-

zutreiben.

Abriistung ist sozusagen die tradi-

tionelle Agenda fiir Gipfeltreffen,

von vitaler Bcdeutung fiir die

Menschheit. Aber dieser Gipfel ist

mehr. Die europaische Revolution

von 1989 hat klar gemacht, dafS es so

wie gehabt nicht mehr weitergeht,

aber, wie die wenigen Revolutionen,

die es in der Menschheitsgeschichte

gegeben hat, auch offengelassen, wie

cs weitergeht. Die Offenheit wider-

spiegelt sich in oft wenig beachteten

politischen Ereignissen, die vor ei-

nem Jahr noch die Schlagzeilen ge-

fiillt hia'ttcn. Die Niederlande 2.3. ha-

ben beschlossen, schneller und mehr

abzuriisten als bei den Wener CFE-

Verhandlungen, deren AbschluiS fur

Ende dieses Jahres terminiert ist, her-

auskommen wird. Polen spricht sich

angesichts der kommenden deut-

schen Einheit dafiir aus, sowjetische

Truppen zunichst einmal im Land

zu behalten. Als die rumiinische Kri-

se ihrem Hahepunkt zuste'uerte, er-

klarte US-AufSenminister James Ba-

ker kaum verschliisselt, dais die USA

cine militirische Intervention des

Warschauer Paktes akzeptieren wiir-

den.

Solche Ereignisse zeigen, wie das

Anzeige

SURFEN

KU LTUR

tung mbglich.

O Unterkunft (Zeltplatz o. Bungalow)

O 14 Tage VDWS-Surfkurs

O halbtägige Kinderbetreuung

O Ital. Sprachkurs fUrAnfänger

,Termin und Preise in DM

14. 7. - 26. 7. 90: Zelt 595,-;

am Lago di Bolsena.

. Aktive Erholung an einem großen Vulkansee im Dreiländereck

Toskana, Umbrien und Latien. Surfen von Grund auf erlernen, das fortgeschrittene Können verbessern oder alternativ an einem italienisch Sprachkurs für Anfänger teilnehmen. Ausflüge (u. a. Rom, Orvieto) und Exkursionen (Etruskerfunde), Fahrradtouren, Tenniskurse, Yogakurs, Weinfeeste, gemeinsame italienische Abendtafel u.v.m. sind bei der Gruppenreise der Volkszeitung. 11.8. - 25. 8.90: Zelt 595,-; 3er Bung. 795,-; 2er Bung. 895,- Ausführliche Informationen und Buchungen bei: '

K6iner Club Sport, Spiel und SpaB e.V.

Moltkestr. 129 - 5000 K6In 1 -Tel.

Ende der bipolaren Politik - wenn

man so will: das Ende des kalten

Krieges 7- die Tagespolitik prägt.

Man kann allerdings nur spekulieren, wie sich konkrete Ereignisse schließlich in politischen Strukturen niederschlagen werden. Vor kurzem

schrrieb der amerikanische Politik-

wissenschaftler Walter Russell Mead:

„Nach 40 Jahren Niichternheit ist die

Geschichte aus dem Gleis geraten.

Sie wanden durch die Straßen und

niemand weiß, wohin sie willf1

Die Kernfrage liegt in der

deutschen Einheit

Wollte man vom Gipfeltreffen er-

warten, daß Bush und Gorbatschow

die Geschichte wieder aufs Gleis he-

ben, wäre das eine grenzenlose Über-

forderung der beiden Politiker. Es

wäre aber vor allem eine Überschüt-

zung ihrer realen Möglichkeiten. In

einer multipolar ge rigten Weltpoli-

tik müß eine Vielzahl von Interessen,

die es immer schon gegeben hat, die

aber blockpolitisch unter der Decke

gehalten wurden, auf friedliche Wei-

se ausgeglichen werden. USA und

Sowjetunion verfügen in der Weltpo-

litik zwar über größeres Gewicht,

über die Decke der Kleineren hinweg

aber können sie keine Regelungen

treffen, die Bestand haben.

Bush und Gorbatschow müssen al-

lerdings ihre Vorstellungen über eine

Struktur der internationalen Belie-

hungen für die Post-Kalte-Kriegs-

Ara konkretisieren, d. h. auch Lö-

sungen für jene Konfliktherde zu

finden, die im Laufe des kalten Krie-

ges entstanden sind. So gesehen

kniipfen sie an die Potsdamer Kon-

ferenz an. Die Kernfrage bei diesem

Gipfel liegt in der deutschen Einheit.

Die Auseinandersetzung darüber, ob

und wenn ja, in welcher Form Ge-

samt-Deutschland der NATO an e-

hören kann, markiert nur den iuu e-

Fotos: AP

ren Rahmen dieser Frage und erin-

nernt noch an die bipolare Politik, an

den Versuch, eigene Stärke durch die

Schwachung des Gegeneibers zu er-

reichen.

Den eigentlichen Vorgängen n5-

her kommt der Chefredakteur von

Foreign Affairs, William G. Hyland,

in der New York Times: „Washing-

ton muß die deutsche Wiedervereini-

gung, die jetzt unausweichlich ge-

worden ist, unterstützen. Aber es

muis auch Moskau Sicherheiten bieten. Das erfordert sowohl einige Beschränkungen für Deutschland als auch einige amerikanische Garantien für Deutschlands Nachbarn, einschließlich der Sowjetunion. Amerika muß sehr vorsichtig vorgehen. Es darf sich dem deutschen Verbündeten nicht entfremden, gleichwohl wird keine Regelung von Dauer sein, die einer geschwächten Sowjetunion aufgezwungen wird?

Die Bush-Administration widersteht der Versuchung, die offenkundigen Probleme der Sowjetunion in einer Weise auszunutzen, daß diese weiter paralysiert wird und als sozial ausgepogelter Rumpfstaat endet, der von der Weltpolitik - von der Weltwirtschaft sowieso - ausgeschlossen ist. Die Motive dafür dürften weder in einer genervten Haltung dem Umterlegenen gegenüber zu suchen sein noch in der Befürchtung: das angeschlagene Land könnte irrational reagieren. Der Regierung in Washington schwebt eher eine Art Balance of Power vor, in die sie regulierend eingreift.

Eine weltpolitisch berechenbare Struktur für die Post-Kalte-Kriegs-Ara kann so nicht wachsen. Die USA stehen nicht außerhalb des angestrebten Gleichgewichts, sie sind Teil desselben. Sie müßten im Extremfall Bindnisse wechseln, um das Gleichgewicht zu erhalten. Politik würde so vollends unberechenbar. Darüber hinaus lassen sich die Staaten nicht länger in eine Blockdisziplin einspannen und von Washington hin und her schieben. Gleichgewicht läßt sich nur herstellen über einen Integrationsprozeß, der staatliche Souveränität, die Voraussetzung für eine Balance of Power, abbaut. Ein solcher Prozeß muß freilich gekoppelt sein mit einem Nord-Süd-Ausgleich, ohne den Konflikte dramatisch eskalieren werden. So kann Geschichte ihren Weg wiederfinden.

Volkszeitung LeserInnenreise id Volkszeitung LeserInnenreise id
Wegen der großen Nachfrage Zusatztermin: 11. 8. - 25. 8. 90 mit zusätzlichen Angeboten (Italienisch-Sprachkurs, Yogakurs). 1

Name:

Straße:

☐ eigene Anreise

☐ freie Boardbenutzung

☐ Freizeitangebote Tel.

☐ Yogakurs

Ich interessiere mich für diese Reise

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

(0221) 51 30 36

Einsenden an:

K6iner Club Sport, Spiel und Spaß e.V.

Moltkestr. 129 5000 K6in 1

Telefon: (0221) 51 30 36

y .

Lothar A. Heinrich

Noch eine Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung der Arabischen Republik Jemen und der Demokratischen Volksrepublik Jemen war , kein Thema der grofien Politik. Das vereinte Jemen ist mm das bevölkerungsreichste Land auf der arabischen Halbinsel.

DaS der in alter Zeit wegen seiner günstigen klimatischen Bedingungen als „glückliches Arabien“ (Arabia felix) bezeichnete Südwesen der arabischen Halbinsel in zwei Staaten aufgeteilt ist, ist Ergebnis zunächst der osmanischen und dann britischen Herrschaft und schließlich der Tatsache, daß sich nach der anti-monarchistischen Revolution von 1962 im nördlichen Teil, der „Arabischen Republik Jemen“ (ARJ), bürgerliche Nationalisten im Bündnis mit pro-saudischen „feudalistischen Kräften durchsetzten, während im Süden, aus dem bewaffneten Befreiungskampf gegen die Briten 1967 die „Demokratische Volksrepublik Jemen“ (DVRJ) hervorging.

War das offizielle Streben nach Einheit der beiden Staaten Anfang der 80er Jahre noch von Konflikten überschattet, die hart an die Grenze eines Krieges gingen, hat sich seitens seit der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Situation deutlich entspannt und so dem alten Traum der Wiedervereinigung neuen Auftrieb gegeben. Zu den wesentlichsten Gründen gehören die rückläufige Entwicklung von antiimperialistischen oder gar sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen in der arabischen Welt und die Entdeckung von größeren Erdölagern im Grenzgebiet zwischen beiden Staaten. Die Position beider Länder wird fernerhin dadurch gestärkt, daß das Rote Meer inunaher Zukunft als internationale Ölroute den persisch-arabischen Golf wahrscheinlich an Bedeutung zumindest einholen wird.

Nach dem Putschversuch des ehemaligen Präsidenten Ali Nasser Muhammad im Januar 1986, der nach blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde, hat sich in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Siidjemen) ein Anpassungsprozeß an die regionalen Gegebenheiten vollzogen. Das Land, so eine kritische Analyse, der regierenden Sozialistischen Partei sei trotz aller Erblgowie der Agrarreform, der Alphabetisierung und der Erhaltung der sozialen Sicherheit ökonomisch und kulturell rückständig geblieben. Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers und der damit verbundenen Aufkündigung von Wirtschaftsabkommen mit Siidjemen hat die Regierung 1989 die Einführung des Marktes beschlossen.

Ministerpräsident Yaseen

Udo Gilmpel, Rom

Said

1 Numan forderte dariiber hinaus im Oktober 1989 in Kuwait Gesetzesreformen, die es dem Privatsektor ermbglichen sollten, ,eine wirkliche Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu spielen. Im gleichen Monat wurde ein entsprechendes Gesetz iiber private Investitionen erlassen. Kurz darauf plazierte die Nationalbank Investment-Zertifikate auf dem Finanzmarkt von Er-Riyadh, um private Gelder anzuziehen. Interesse wurde von der Regierung der DVJR auch an einer Mitgliedschaft im ,Arabischen Kooperationsrat (ACC) bekundet, dem neben Agyp-ten, Irak und Jordanien seit 1989 auch die Arabische Rep. J. angehört. Parallel zur Wirtschaftlichen Liberalisierung wurde schließlich auch die politische beschlossen. Am 11. 12. 89 beauftragte das ZK der YSP das Politbüro, ein Gesetz iiber ,die politischen Parteien auszuarbeiten, die gegen den Kolonialismus gekämpft und den Prinzipien der Revolution treu geblieben sind. Um die wirtschaftliche und politische Liberalisierung kontrollieren zu können, wurde jedoch auf der 16. Sitzung des ZKs der YSP im September 1989 eine Zusammenlegung von Regierungs- und Parteikomitees angekündigt, was zu einer stärkeren Einbeziehung fiihrender Parteikader in die Regierung fiihren kann. Die jüngste Entwicklung hat Anfang Mai 1990 einen vorläufigen symbolischen Abschluss mit der Wiederaufnahme der seit 1969 von der DVJR abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu den USA gefunden.

Politische und wirtschaftliche Liberalisierung

Trotzdem hat die syrische Gesellschaft in einem wiedervereinigten Jemen noch eine Reihe Errungenschaften gegen den Norden

- mit seiner besseren wirtschaftlichen Basis und seiner ca. viermal...s...9.

' 1. n C

großen Bevölkerung - zu verteidigen. Zwar haben dort im Sommer 1988 bereits Wahlen stattgefunden, die das um den Präsidenten gescharte ,liberal-reformistische Lager zu Ungunsten der religiösen Rechtskrifte gestärkt haben und auch den Einzug einiger revolutionär-demokratischer Kräfte in den Konsultivrat ermöglichten. Das jedoch ändert nichts daran, daß politische Parteien nach wie vor im Land verboten sind. Jogh auf die Joger

In Italien sind Volksabstimmungen immer Meistlenstes der Politile gewesen. In der Abstimmung iiber Atomkraft bestimmten sie den Ausstieg Italiens aus der Nuklearwirtschaft. Doch wo sich damals, kurz vor Tschernobyl, keine Parteien' den Umweltgruppen und Grünen Listen widersetzen wollte, zumal die Atomkraft in Italien immer nur eine marginale Rolle gespielt hat, haben die am 3.11mi

Im ersten, am 3. Juni anstehenden
1., Referendum gegen die Jagd sollen
all diejenigen Artikel des Jagdgesetzes
gestrichen werden, die die bejagbaren
Spezies benennen und die Jagdzeiten
festlegen. Werden diese gestrichen,
blieben nur die allgemeinen Schutzbestimmungen
übrig, die die Jagd grundsätzlich verbieten.
Kein Land in Europa hat eine so
hohe Dichte von Jägern pro Jagdfläche
wie Italien erklärt der Präsident
der „Amici della Terra“ (friends of
the earth Italia), Mario Signorino,
einer der Hauptpromotoren dieses
Referendums gegenüber der VZ. In
Italien drängen sich knapp sechs Jäger
auf einem Quadratkilometer,
sechsmal so viel wie in Deutschland,
insgesamt haben wir offiziell fast 1,6
Millionen Jäger, denen nur 2240
Jagdheiter gegenüberstehen. Das e-
-genwogene Jagdgesetz ist dermaßen
permissiv, daß diese Heerschar theo-
retisch jährlich 4,1 Milliarden Tiere
abschießen dürfte. In anderen Worten,
sollten die gesamten Zugvogel o-
-pulationen Europas über Italien ie-
-gen, könnten die Doppelflinten un-
serer Jäger den Himmel Europas
leerschießen, ohne einen Gesetzes-
verstoß zu begehen. Die Realität ist
davon noch weit entfernt, aber den-
-anstehenden Referenden mächtige Gegner.
noch erliegen jährlich rund 175 Mil-
-lionen Tieren diesem Wahn, darunter
11 im übrigen Europa total geschütz-
te Arten. Das Hauptmotiv für den
beinharten und diffusen Widerstand
gegen das Jagdreferendum mag in
der italienischen Sinnlichkeit ge-
sucht werden, deren letztes Reservat
die Pirsch im Unterholz ist: 98%
aller Schrotflintenträger sind Min-
-ner. Für sie ist die Jagd das letzte
Ritual des Totungsvorrechts aus der
Freizeit der Menschheit, seinst und
immer noch dem Manne vorbehalten.
ten.

„Eine Frage von Leben und Tod
ist auch das andere Referendum, das
wir den Italienern am 3. Juni unter-
breiten. Dabei wollen wir das Recht
des Gesundheitsministers abschaffen,
Grenzwerte für Rückstände von Pe-
-stiziden in Nahrungsmitteln festzule-
-gen. Das Rahmengesetz stellt das
Prinzip auf, in zum menschlichen
-Verzeir bestimmten Nahrungsmit-
-teln dürfte kein Rest der Agroche-
-miegifte mehr nachweisbar sein, um
dann in nachfolgenden Paragraphen
sogenannte Toleranzwerte einzufüh-
-ren. Wir sind der Auffassung, daß es
überhaupt keine Rückstände in der
Nahrung geben darf, erlärte Ma-
-rlo Signorino, „was jedoch nicht da-
-und Oppositionelle oft Opfer einer
blutigen staatlichen Repression sind,
die teilweise nach bekanntem Muster
von Todesschwadronen ausgeübt

wird. Während in der DVJR p'raktisch alle Werktitigen in Gewerkschaften organisiert sind, die ungeachtet aller Probleme eine bis 1956 zurückgehende militante Tradition haben; wurden solche in der ARJ erst 1984 legalisiert und sind dort dem „Arbeitsministerium“ unterstellt und dürfen nicht im Privatsektor operieren.

Wichtige Faktoren für die wachsende Rolle, die der vereinigte Jemen vor allem auf der arabischen Halbinsel spielen wird, sind seine Menschen, die ihn zum Abstand bevölkerungsstärksten Land der Halbinsel machen werden und die Entdeckung des neuen Erdölfelds im Shabwa-Gebiet im Grenzbereich zwischen dem Norden und Süden im Jahr 1987. Dieses Feld wird seit 1989 ausgebeutet. In diesem Jahr soll der Erdölexport von Aden aus beginnen. Entsprechende Funde wurden bereits im Norden gemacht, und für die Ausbeutung der Funde in der stets umstrittenen Grenzzone haben beide Staaten ein Kooperationsabkommen getroffen. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der beiden Jemen sind seine Erdölvorkommen nicht groß genug, um den Jemen einem Rentner-Staat mit den bekannten negativen sozialen Folgen zu machen, wohl aber groß genug, um die bislang bestehende Abhängigkeit des Nordens speziell von Saudi Arabien deutlich zu vermindern. Die saudische Monarchie und die ihr verbundenen Kräfte im Nordjemen - Royalisten und Muslimbrüder - bräpohen sich zwar angesichts der jetzigen Wiedervereinigung kaum vor einen Export des saudischen Marxismus zu fürchten, wohl aber vor einer Verschiebung des regionalen Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten. Da diese Kräfte der Wiedervereinigung mit Abneigung entgegensehen, wurde Ende April deutlich, als royalistische Stimme der Regionen von Saada und Marib sich gegen die Armee der ARJ erhoben, nachdem es während des vorhergegangenen Monats bereits zu mehreren Anschlüssen von Seiten islamistischer Kräfte gekommen war, die eine Vereinigung mit dem „atheistischen Regime“ des Südens ablehnen. Mit verwechselt werden sollte, dass wir mit diesem Referendum die Chemie aus der Landwirtschaft vollkommen verbannen wollten. Studien zeigen jedoch, dass ein stark gesteigertes Einsatz der Düngemittel aus den Produkten praktisch verbannen kann - und das ist unser jetziges Ziel. Pro Kopf wurden im letzten Jahr 40 Kilogramm dieser Stoffe auf die Felder gebracht. Die höchsten Zuwachsraten haben dabei komplexe Insektizide

dc und Fungizide, deren Verbrauch um 34% gegenüber dem Vorjahr zunahm, während die früher üblichen einfachen Mittel wie der Thioharnstoff immer weniger Einsatz finden. Bei den Insektiziden finden gerade die als krebserregend geltenden chlororganischen Verbindungen wie das Lindan, ein enger Verwandter des DDT, immer stärkeren Zusage. Auch die Düngemittel haben wieder gewaltig zugenommen, im Schnitt um 13% auf jetzt rund 77 kg pro Kopf der Bevölkerung. Unter 104 in der wissenschaftlichen Literatur untersuchten Mitteln wurden nur bei dreien einwandfrei keine mutagene oder kanzerogene Schädigungswirkung nachgewiesen, während 39 Mittel als gesundheitsschädlich für den Menschen klassifiziert wurden. Am schlimmsten dran sind die Kiwi- und Erdbeeresser: Bei 21% respektive 20% aller Proben lagen die MCK-Werte über dem Erlaubten! Bei normalen Routinekontrollen fand das Gesundheitsamt Bologna im Schnitt bei 14% aller untersuchten Früchte und Gemüseproben unerlaubte hohe Chemiekonzentrationen. Das dieses Referendum starke Gegner hat, braucht keine besondere Erläuterung. Wie schon beim Jagdreferendum versuchen auch hier die interessierten Kreise die Taktik des Totschweigens. Wie stellt sich schon offen hin und verteidigt die Chemieindustrie'stände in der V Nahrung?